



ANTWORT AUF DAS POSTULAT

Urheber	PLR-Fraktion, durch Grossrat (Suppleant) Fabien Girard
Objekt	<i>Dächer der Staatsgebäude als Energiequellen?</i>
Datum	15.11.2011
Nummer	4.154

In der Energiestrategie 2050 des Bundes nimmt der Ausbau der Photovoltaik einen sehr wichtigen Platz ein mit dem Ziel einer Produktion von 10'000 GWh.

Der Staatsrat ist der Meinung, dass die Staatsgebäude, wie die Mehrzahl der Gebäude auf dem Territorium des Kantons, mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden sollen.

Das DVBU und das DVER arbeiten in diesem Sinne schon durch die Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie (DHDA) und die Dienststelle für Energie und Wasserkraft (DEWK) zusammen.

In diesem Zusammenhang muss auf folgende Elemente geachtet werden:

- Das aktuelle Budget der DHDA ermöglicht es nicht solche Anlagen zu finanzieren.
- Im Hinblick einer schnellen Entwicklung der Anlagen, müssen mehrere Finanzierungsmodelle, einschliesslich öffentlich-private Partnerschaften, analysiert werden.
- Mit dem System des Bundes der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV), bringen Investitionen welche zum richtigen Zeitpunkt realisiert werden eine gute Rendite.
- Die Projekte für Photovoltaik-Anlagen müssen mit möglichen Arbeiten der thermischen Verbesserung der Dächer oder Fassaden koordiniert werden.

Die Beschaffung der nötigen Informationen um die energetischen und finanziellen Auswirkungen zu evaluieren ist bereits im Gange.

Finanzielle Auswirkungen

Eine erste Schätzung, die im Rahmen einer Diplom-Arbeit der HES-SO Valais Wallis durchgeführt wurde zeigt, dass die staatlichen Gebäude die sich auf dem Territorium der Stadt Sitten befinden, mit einer Investition von rund 10 Millionen Franken, etwa 4 GWh Strom pro Jahr produzieren könnten, das heisst etwas weniger als die Windenergie-Anlage von Collonges.

Durch Extrapolierung, kann eine Investition von 30 bis 40 Millionen Franken abgeschätzt werden die nötig wäre, um alle Staatsgebäude auf kantonalem Territorium auszustatten.

Schlusswort

Der Staatsrat schlägt dem Grossen Rat vor das Postulat anzunehmen.

Sitten, 21. August 2012